

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom
20. Dezember 2011 – Drucksache 15/1057**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung
der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissens-
gesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“,
Abschnitt 3.1 – Allgemeine Entwicklungen und Heraus-
forderungen
Abschnitt 3.2 – Berufliche Schulen
Abschnitt 3.3 – Duale Ausbildung
Abschnitt 3.4 – Allgemeine und berufliche Weiterbil-
dung**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 20. Dezember 2011 – Drucksache 15/1057 – Kenntnis zu nehmen.

29. 02. 2012

Die Berichterstatterin:

Viktoria Schmid

Der Vorsitzende:

Siegfried Lehmann

Bericht

Der Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport beriet die Mitteilung Drucksache 15/1057 in seiner 8. Sitzung am 29. Februar 2012.

Der Staatssekretär im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport führte aus, mit der vorliegenden Mitteilung lege die Landesregierung einen weiteren Bericht über die Umsetzung der Ergebnisse der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ vor. Der Bericht mache deutlich, dass die Landesregierung entlang der Beschlussempfehlungen der

Ausgegeben: 14. 03. 2012

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

*Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeich-
net mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.*

Enquetekommission die verschiedenen Aspekte in den Bereichen der beruflichen Schulen und der Weiterbildung angehe und die Handlungsempfehlungen Schritt für Schritt abarbeite.

Im Bereich der beruflichen Schulen seien bereits Maßnahmen ergriffen worden zur Inklusion an beruflichen Schulen, zur Erprobung der Fremdevaluation durch externe Anbieter, zur Weiterentwicklung der operativ eigenständigen Schulen, zur Stärkung der individuellen Förderung, zum Ausbau eines interaktiven internetbasierten Bildungsnavigators, zur Einführung der Fremdsprache Englisch in der Berufsschule, zum Ausbau individueller Unterstützungssysteme sowie zur Erweiterung der Möglichkeiten des Austauschs zwischen Lehrkräften und Ausbildern.

Im Bereich der Weiterbildung stünden die Förderung innovativer Weiterbildungskonzepte sowie die Weiterentwicklung des Weiterbildungsportals und des Netzwerks Weiterbildungsberatung im Vordergrund. Die einzelnen Projekte seien mittlerweile ausgeschrieben. Auch das Bündnis für lebenslanges Lernen sei in diesem Kontext zu betrachten.

Die Landesregierung beabsichtige, die bereits begonnenen Maßnahmen im kommenden Schuljahr fortzusetzen und mit zusätzlichen Personalmitteln im Sinne der Enquetekommission auszubauen. Insofern stelle er fest, dass trotz der angespannten Haushaltslage die beschlossenen Maßnahmen konsequent umgesetzt würden.

Eine Abgeordnete der CDU erinnerte daran, die vorherige Landesregierung habe zum bedarfsgerechten Kapazitätsausbau der beruflichen Gymnasien die Finanzierung von 100 zusätzlichen Eingangsklassen sichergestellt. Demgegenüber habe die neue Landesregierung die Schaffung von lediglich 50 zusätzlichen Eingangsklassen angekündigt und dies unter Finanzierungsvorbehalt bzw. unter den Vorbehalt der Gesamtkonzeption Bildung gestellt. Gleichzeitig beabsichtige die neue Landesregierung, einen Rechtsanspruch auf einen Platz an einem beruflichen Gymnasium zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund frage sie nach der konkreten Ausgestaltung des geplanten Rechtsanspruchs. Die Umsetzungsmodalitäten seien in ihren Augen noch nicht eindeutig geklärt.

Darüber hinaus mache sie auf den Hinweis der Landesregierung aufmerksam, dass noch nicht klar sei, ob und ggf. mit welcher Priorität und in welchem Zeitraum die ursprünglich geplante Umschichtung von 900 Stellen von den allgemeinbildenden Schulen in den beruflichen Bereich stattfinden könne. In diesem Zusammenhang frage sie nach konkreten Planungen. Außerdem stehe sie auf dem Standpunkt, ein zügiger Aufbau eines interaktiven internetbasierten Bildungsnavigators sei dringend notwendig.

Ein Abgeordneter der Grünen merkte an, zahlreiche der von der Enquetekommission erarbeiteten Handlungsempfehlungen fänden sich im Koalitionsvertrag von Grünen und SPD wieder. Damit werde der Reformwille der Regierungsfractionen bei der beruflichen Bildung deutlich. Unter Berücksichtigung der gegebenen Haushaltslage würden nun Schritt für Schritt Maßnahmen zur Stärkung der individuellen Förderung, zum Ausbau der Ganztagschulen und zur Dualisierung der berufsvorbereitenden Ausbildungsgänge ergriffen.

Ferner hebe er die Einführung der Fremdsprache Englisch in der Berufsschule hervor. Die Tatsache, dass dieses Projekt bereits in ca. 950 Klassen umgesetzt worden sei, werte er als einen großen Erfolg. Die in diesem Zusammenhang für Lehrkräfte angebotenen Fortbildungen leisteten einen wichtigen Beitrag zu diesem Erfolg.

Die Fraktion GRÜNE stehe zu dem geplanten Rechtsanspruch auch einen Platz an einem beruflichen Gymnasium; denn dieser Anspruch sei zentral für die erforderliche Durchlässigkeit des Bildungssystems. Zudem sei dies eine gute Gelegenheit, junge Menschen für Ingenieurwissenschaften und Naturwissenschaften zu begeistern, um so dem Ingenieurmangel entgegenzuwirken. Auch dem Abbau des strukturellen Unterrichtsdefizits sei eine große Bedeutung beizumessen, um so Schule verlässlicher gestalten zu können.

Ein Abgeordneter der SPD unterstrich die Notwendigkeit, die Mittel für die Weiterbildung der beruflichen Schulen zu erhöhen. Ferner sprach er sich dafür aus, Standortpolitik gemeinsam mit den Beteiligten vor Ort und den Regierungspräsidien zu betreiben, damit die Entwicklung einzelner Standorte für alle transparent sei. Dabei müsse man auch die Problematik der Übergänge im Blick haben.

Ein Abgeordneter der FDP/DVP bat mitzuteilen, ob die Landesregierung beabsichtige, die von der vorherigen Landesregierung initiierte einmalige Ausgabenermächtigung von bis zu 10 Millionen € im Jahr 2011 in den Folgejahren fortzusetzen.

Weiter legte er dar, insgesamt sei er mit dem Engagement der Landesregierung für die beruflichen Schulen nicht zufrieden. Die Landesregierung unternehme zu wenig, um das Problem des strukturellen Unterrichtsdefizits anzugehen. Zum Ausgleich dieses Defizits habe die FDP/DVP-Fraktion vorgeschlagen, die Mittel für G 9 für den Abbau des strukturellen Defizits an den beruflichen Schulen zu verwenden. Die FDP/DVP-Fraktion habe den Eindruck, dass das berufliche Bildungswesen bei der Landesregierung keine Priorität genieße.

Das den beruflichen Schulen zur Stärkung der Eigenständigkeit und zur Steigerung der Qualität der dualen Ausbildung bereitgestellte Fortbildungsbudget sei seiner Meinung nach für die allgemeinbildenden Schulen auch angebracht.

Der Weiterentwicklung der Personalausgabenbudgetierung sehe er mit Interesse entgegen. Hierbei müsse einer Entbürokratisierung Vorschub geleistet werden, um dieses Modell attraktiver für die Schulen zu gestalten.

Er begrüße die von der Landesregierung formulierte Absicht, aufgrund des Erfolgs des Vokationskurses Gespräche mit der katholischen Seite mit dem Ziel zu führen, ein ähnliches Modell für einen Missiokurs umzusetzen.

Nach seinen Informationen falle Unterricht insbesondere in den Fächern Musik, Sport und Religion aus. Er bitte darzulegen, ob der Landesregierung ähnliche Informationen vorlägen und ob die Landesregierung gedenke, dieses Problem anzugehen.

Aufgrund der nicht mehr gegebenen Kooperation der Werkrealschule mit den Berufsschulen in der zehnten Klasse sei nach Auffassung der Fraktion der FDP/DVP ein Stück weit authentische Berufsorientierung zerstört worden. Erfreulich sei jedoch die große Zahl der Kooperationen von Schulen mit Unternehmen; denn diese Kooperationen dienten dem Ziel, den hohen Stellenwert der dualen Ausbildung zu stärken.

Die FDP/DVP-Fraktion begrüße die vom Wirtschaftsministerium und vom Kultusministerium initiierte Kampagne zur Gewinnung von eher weiterbildungsfernen Menschen für die Weiterbildung; denn in diesem Bereich seien mit Blick auf den Fachkräftemangel noch einige Potenziale zu heben.

Ein Abgeordneter der SPD hob hervor, die Enquetekommission habe in kürzester Zeit in einer unglaublichen Kraftanstrengung komplexe Themen bearbeitet und dabei eine hervorragende Arbeit geleistet. Dieser Erfolg sei im Wesentlichen auf das große Einvernehmen in der Enquetekommission zurückzuführen, mit dem die meisten Beschlüsse gefasst worden seien. Insofern stelle die Enquetekommission einen Meilenstein in der Bildungspolitik insgesamt dar.

Er begrüße den vorliegenden Bericht, der eine Fundgrube für aktuelle Diskussionen sei. Dieser Bericht zeige zudem, dass der Prozess an Fahrt gewinne und Kontinuität gegeben sei, weil immer das Ganze in den Blick genommen werde. Als konkretes Beispiel führe er die Weiterbildungsberatung an, bei der man sich auf einem guten Weg befinde.

Der Staatssekretär im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport führte aus, die Landesregierung setze den Ausbau der beruflichen Gymnasien mit 15 weiteren Klassen fort. Der Versorgungsgrad liege derzeit schon bei rund 85 %. Wenn noch weitere 50 Klassen hinzukämen, sei man einer Vollversorgung relativ nahe.

Zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Platz an einem beruflichen Gymnasium, die noch nicht zum kommenden Schuljahr geplant sei, seien noch keine konkreten Beschlüsse gefasst worden. Mit dem Rechtsanspruch sei aber sicherlich nicht verbunden, dass jedes Profil an jedem Standort in Baden-Württemberg verfügbar sei; denn dies sei logistisch und organisatorisch kaum realisierbar.

Das strukturelle Unterrichtsdefizit sei von 4,4 % im Schuljahr 2010/2011 auf 4,1 % im laufenden Schuljahr reduziert worden. Diese Senkung sei im Wesentlichen auf die Einstellung von über 1.000 Lehrkräften im Schuljahr 2011/12 zurückzuführen. Zudem sei es gelungen, die geplante Streichung von 711 Lehrerstellen im Zuge der Beratungen des Nachtragshaushalts abzuwenden.

Unabhängig vom strukturellen Unterrichtsdefizit habe sich der Wert der beruflichen Schulen insgesamt leicht verbessert. Gleichwohl werde die Landesregierung das Problem des strukturellen Unterrichtsdefizits durch zusätzliche Stellen angehen. Grundsätzlich sei aber zu berücksichtigen, dass die Anmeldezahlen bei den beruflichen Schulen immer sehr großen Schwankungen unterlägen und somit keine verlässliche Kalkulationsgrundlage gegeben sei.

Hinsichtlich des Bildungsnavigators würden zunächst einmal die Erfahrungen eines geschlossenen Nutzerkreises gesammelt. Dann werde darüber entschieden, mit welcher Technik, in welcher Größenordnung und zur Befriedigung welcher Bedürfnisse der Bildungsnavigator freigeschaltet werde.

Die Stärkung der dualen Ausbildung sei nicht nur Aufgabe der Politik, sondern aller Beteiligten. Die angestrebte Möglichkeit der Verbindung der dualen Ausbildung mit der Erlangung der Fachhochschulreife gestalte sich in der praktischen Umsetzung jedoch schwierig.

Die Entwicklung der einzelnen Standorte der beruflichen Schulen sei auch für das Kultusministerium eine große Herausforderung. In einigen beruflichen Schulzentren sei zu beobachten, wie sich diese über zusätzliche Angebote im beruflichen und im gymnasialen Bereich für den anstehenden Rückgang der Schülerzahl wappneten und sich so einen Standortvorteil verschafften. Aufgabe der Politik sei es nun, in Abstimmung mit den Regierungspräsidien und den Landkreisen zu einer vernünftigen Steuerung zu kommen. Diese Abstimmung werde derzeit im Regierungspräsidium Karlsruhe erprobt und führe zu vorbildlichen Ergebnissen. Ziel der Standortpolitik sollte sein, dass auch in ländlichen Regionen ein Angebot vorgehalten werde.

Die Idee der Fraktion der FDP/DVP, die Mittel für G 9 für den Abbau des Unterrichtsdefizits an den beruflichen Schulen zu verwenden, scheitere an der völlig ungleichen Höhe der Mittel, die für G 9 verwendet würden, und der Mittel, die zum Abbau dieses Defizits erforderlich seien.

Ziel der Landesregierung sei es sicherlich, die Selbstständigkeit von Schulen zu erhöhen und den Schulen eine größere Flexibilität im Umgang mit Ressourcen zu ermöglichen. Das Modell der Personalausgabenbudgetierung sei ein mögliches Instrument in diesem Zusammenhang. Dies setze allerdings voraus, dass den Schulen mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt würden. Auf diesem Weg befinde sich die Landesregierung, sei aber sicherlich noch nicht am Ziel.

Der Unterrichtsausfall in den Fächern Religionslehre, Sport und Musik sei teilweise darauf zurückzuführen, dass es sich hierbei um Mangelfächer handle. Insofern nutze ein politischer Beschluss, dies zu ändern, wenig, weil die erforderlichen Lehrkräfte nicht verfügbar seien.

Die Kooperation von Schulen und Unternehmen sei für die Qualität der beruflichen Schulen unabdingbar.

Da die Fraktionen nun Vertreter in das Bündnis für lebenslanges Lernen entsenden, könne sich die Politik an der Diskussion über einzelne Projekte in diesem Bereich beteiligen.

Der Ausschuss beschloss als Empfehlung an das Plenum ohne förmliche Abstimmung, von der Mitteilung der Landesregierung Kenntnis zu nehmen.

13. 03. 2012

Viktoria Schmid